

SP holt Bürgerliche an Bord

Das Ja-Komitee und vier bürgerliche Politiker äussern sich zu den SVP-Argumenten gegen das Baselbieter Integrationsprogramm.

Teuer, nutzlos, ungerecht – mit diesen Worten wirbt die SVP für ihr Referendum gegen das Kantonale Integrationsprogramm (KIP), über das die Baselbieter Stimmbevölkerung am 28. November entscheidet. Diesen Argumenten will das Ja-Komitee, geleitet von der SP, entgegenreten. Dafür traten gestern Dienstag vier bürgerliche Gemeindepolitikerinnen und -politiker vor die Medien, gemeinsam mit Regula Meschberger (SP), Präsidentin des Verbands Basellandschaftlicher Gemeinden – wobei die vier FDP- und CVP-Gäste als bürgerliche Befürworter kaum überraschen: Beide Parteien haben die Ja-Parole beschlossen, sind aber wegen der späten Parteitage nicht auf den Plakaten der Befürworter zu finden.

Falscher könnten die Argumente der SVP nicht sein, sagt Marc Schinzel (FDP), Landrat und Binninger Einwohner. «Teuer? Ja, wir sprechen viel Geld», gibt er zu. 1,5 Millionen Franken würde der Kanton für die nächsten zwei Jahre ausgeben. «Ungleich teurer käme es,

wenn wir neu zuziehende Familien aus dem Ausland sich selbst überlassen würden.» Dem Argument der SVP, die Ergebnisse der Projekte seien nicht messbar, widerspricht er: Sie unterliegen Leistungsvereinbarungen, die Ziele werden jährlich von Bund und Kanton überprüft.

Chancen sind derzeit nicht abschätzbar

Béatrix von Sury (CVP), Reinercher Gemeinde- und Landrätin, führt ausserdem aus, dass ein Nein an der Urne den Kanton teuer zu stehen käme: «Sämtliche Kooperationen müssten zu einem späteren Zeitpunkt wieder aufgebaut werden. Anstatt Geld zu sparen, würden Steuergerdel verschleudert.»

Ein weiterer Punkt, den die SVP kritisiert: Integrationsverweigerer würden belohnt. Dies streitet Marianne Hollinger, Vizepräsidentin der FDP Baselland und ehemalige Aescher Gemeindepäsidentin, ab. Die Gemeindegemeinschaft zeige auf, dass sich die grosse Mehrheit der ausländischen Bevölkerung integrieren

wolle. «Natürlich gibt es solche, die kein Interesse zeigen. Aber wegen dieser Wenigen der grossen Mehrheit die Dazugehörigkeit erschweren, passt nicht zum weltoffenen Baselbiet.» Sie betont, wie auch Dominique Häring, Präsidentin der CVP Pratteln, dass das Programm mit den Gemeinden entwickelt wurde – diese seien hautnah bei der Integration dabei und wüssten, was notwendig sei.

Nun geht es dem Komitee darum, in den Gemeinden den Nutzen des KIP aufzuzeigen. Denn es sei derzeit nicht abschätzbar, wie das Resultat aussehen werde – und welchen Einfluss die «Propaganda» der SVP, wie sie Marc Schinzel nennt, auf die Stimmbevölkerung habe.

Für ein Ja stark machen sich auch der Ausländerdienst Baselland, das Schweizerische Rote Kreuz Baselland sowie die Beratungsstelle beider Basel gegen Rassismus und Diskriminierung in einer Mitteilung. Das Referendum sei unverantwortlich und bedrohe die erfolgreiche Integrationsarbeit im Baselbiet. (ksp)